

Calmer Waoblatt

Nr. 133

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 225 Mt., Familienanzeigen 150 Mt., Reklamen 600 Mt. Auf Sammleranzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9

Montag, den 11. Juni 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 4200 Mt., monatlich, Postbezugspreis 4200 Mt. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 200 Mt. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Der Reichskanzler zur Reparationsfrage.

Anerkennung der Zahlungsverpflichtung. — Jedoch schärfster Widerstand gegen die weitere Abtrennung deutschen Landes.

Der Reichskanzler vor dem Reichsverband der deutschen Presse.

Münster, 10. Juni. Gestern Abend fand zu Ehren des Reichsverbandes der deutschen Presse ein Empfangsabend statt, der von der Stadt Münster im Saal des historischen alten Rathauses veranstaltet worden war. In diesem Empfangsabend nahm auch der Reichskanzler und der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns teil. Nach den Begrüßungsansprachen des Oberbürgermeisters von Münster, Dr. Sperling, des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Groroweli, und des Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse, Chefredakteur Beder, nahm Reichskanzler Dr. Cuno das Wort und führte u. a. aus: Gerne benutze ich die Gelegenheit, mit Ihnen zusammenzukommen und Sie bei Ihrer Tagung zu begrüßen, die, wie Ihr Herr Vorsitzender sagte, nicht die Zufälligkeit, sondern tiefer Sinn hierher nach Münster legt, in die Hauptstadt des Westfalenlandes, dessen Stärke und Trost unser Trost und Schutz ist, in die Stadt nächst dem Schauplatz stummen Ringens zwischen Recht und Gewalt, in die Stadt, in der niederländisches Volkstum und christliche Kultur zu einem unvergänglichen Einklang sich vereinen. Eine schwere Wirtschaftsfürsorge liegt über unserem Volk und verhältnismäßig in besonderem Ausmaß über die Mehrzahl derjenigen in ihm, die qualifizierte Arbeit, sei es körperliche, sei es geistige, verrichten. Das trifft auch für die Mehrzahl Ihres Berufs zu, mit Ausnahme weniger, denen ein glückliches Geschick oder besondere Kraft des Geistes und des Willens vielleicht ein günstigeres Los bereitet hat. Die Unabhängigkeit der Presse ist ein hohes Gut, eine Unabhängigkeit, deren Wesen nicht in Zügellosigkeit liegt, sondern gerade in Sittlichkeit und Wahrheit und eigener Verantwortung, eine Unabhängigkeit, die abzugrenzen ist nicht nur gegenüber dem Staat und seinem stärkeren Recht und seinem Anspruch auf Achtung staatlicher Notwendigkeiten, sondern auch gegenüber den Kräften und Bestrebungen des Wirtschaftslebens. Darin handelt es sich, meine Damen und Herren, um Angelegenheiten, die nicht Ihnen allein wichtig sind, sondern auch uns, um des Staates willen. Sie aber sind gewohnt, täglich nicht von eigener Sorge zu sprechen, sondern den Nöten und Anliegen der Bevölkerung Worte und Ausdruck zu verleihen. So wird es auch in Ihrem Sinne sein, wenn ich heute in Ihrem Kreise von der gemeinsamen Not des deutschen Volkes und insbesondere des besetzten Gebietes spreche. Vorgestern haben wir den Nächsten unser Memorandum als Ergänzung zur Note vom 2. Mai übergeben. Ich begreife die Spannung und die Ungeduld, mit der unser Schritt erwartet worden ist. Er ist ein natürlicher Schritt auf dem Wege, den die Regierung von Anfang an gegangen ist. Die Lösung der Reparationsprobleme um jeden mit der deutschen Staatsfreiheit und der deutschen Wirtschaftskraft zu vereinbarenden Preis ist das Ziel und die Aussprache in offenen, ehrlichen und gleichberechtigten Verhandlungen ist der Weg, den die Regierung sich vorgezeichnet hat. Nichts ist unterlassen worden, was der Lösung dieser Aufgabe dienen könnte. Es gilt, alles einzufügen, um für Rhein und Ruhr die Wiederherstellung des Rechtszustandes zu erreichen. Es gilt, alles zu tun, um die furchtbaren Leiden zu lindern, die alle Schichten der Bevölkerung im besetzten Gebiet tragen. Diese Aufgabe ließ uns die Bemühungen um die Lösung der Reparationsfrage verdoppeln. Lange ist die deutsche Regierung auf Ablehnung gestoßen, bis Lord Curzon's Ratsschlag ihr eine neue Möglichkeit gab, die Note vom 2. Mai abfinden zu können. Gegenüber den von Frankreich erhobenen Einwänden gegen diesen Schritt führte der Reichskanzler besonders die Tatsachen an, daß der Vorschlag der Einsetzung einer internationalen Kommission von der Reparationskommission selbst seinerzeit ausgegangen sei. Die englische und die italienische Antwort eröffneten eine Möglichkeit zur Fortsetzung des Meinungsaustausches. So ist alles geschehen, um politisch die Lage im Ausland zu erforschen. Wer die Sprache der Ehrlichkeit und des realpolitischen Geschäftsinnes versteht, wird den jetzt erfolgten Schritt als den Beweis des ernstlichen Willens Deutschlands bewerten, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Man kann infolge der durch den Ruhrkampf hervorgerufenen fortschreitenden Schwächung der deutschen Finanz- und Wirtschaftskraft zu keiner anderen zahlenmäßigen Selbstbefreiung der deutschen Leistungsfähigkeit gelangen.

Zur Frage der tatsächlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands übergehend, erklärte der Kanzler, diese werde im Ausland weit überschätzt, was die Gegner selbst dadurch anerkannten, daß sie den Gedanken einer größeren Anleihe für Deutschland aufgegeben hätten. Nun solle eine internationale unparteiische Instanz über die wahre Leistungsfähigkeit Deutschlands entscheiden. Deutschland wolle seine Reparationsverpflichtungen bis zur Grenze der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten erfüllen und es wolle seine volle Tatkraft dieser Aufgabe zuwenden. In dem neuen Memorandum ist bis an die Grenze des Möglichen gegangen worden in der Zuversicht, daß, wenn ein Plan über die Reparationsschuld Deutschlands vorliegt, das deutsche Volk bereit sein wird, aus Beif, Arbeit und Einkommen die größten Opfer zu bringen für die Freiheit und die Wohlfahrt der künftigen Generationen. Der Staat wird die ganze Kraft der Staatsgewalt geltend machen, daß die Wirtschaftskreise die Garantien geben müssen. Dieser Gedanke der Garantien ist vom Staat in die Wirtschaft getragen worden. Wie diese Garantien aufzubringen und wie weit sie auszuweiten sind und wie die Lasten verteilt werden, wird der Staat zu bestimmen haben. Aber es ist wertvoll, daß bei dem deutschen Angebot auch das freiwillige Anerbieten deutscher Wirtschaftskreise Erwähnung finden konnte, weil das Ausland vielfach der deutschen Regierung einen Einfluß auf die Wirtschaft abgesprochen hat. Wie verlannt unsere Reparationsleistungen bis jetzt wurden, beweist die Tatsache, daß wir bis Ende 1922 für rund 42,75 Milliarden Goldmark Barzahlungen geleistet haben. Unter Hinzurechnung weiterer Leistungen aus dem Ausgleichsverfahren beläuft sich der Betrag auf 54 Milliarden.

Auf die augenblickliche Lage im Ruhrgebiet übergehend, erinnerte der Kanzler zunächst an die Tatsache, daß, abgesehen von den zahllosen Opfern richterlicher Willkür, mehr als 50 Deutsche unmittelbar durch die Hand der Besatzungsmächte das Leben verloren haben und 50 000 deutsche Beamte, Angestellte, Arbeiter, Arbeitnehmer und Private aller Berufe, Männer, Frauen und Kinder, seit dem 11. Januar Haus und Heimat verlassen mußten. Volk und Regierung fühlen sich allen denen von ganzer Seele zu Dank verpflichtet und werden alles tun, um ihr Los zu lindern. Wir wollen, fuhr der Kanzler fort, den Frieden und sind unseren westlichen Nachbarn gegenüber zu jeder wie immer gearteten Friedenssicherheit auf dem Boden der Gegenseitigkeit bereit. Aber das erkläre ich öffentlich und feierlich: Es gibt keinen Preis, für den uns das deutsche Land an Rhein und Ruhr, an Saar und Mosel feil wäre, kein Preis, um den wir das Recht des Reiches und der anderen Staaten in diesem deutschen Lande mindern ließen. In dieser Erklärung weiß ich mich eins mit allen politischen Parteien und Schichten des deutschen Volkes, eins mit der preussischen Regierung und mit der Volksvertretung, eins mit allen anderen Ländern des Reichs. Und aus dieser tiefen Einigkeit schöpfe ich das Recht zu der Mahnung, wachsam und besonnen zu bleiben, besonders hinsichtlich der verworrenen wirtschaftlichen Lage und der schweren Not. Nachdem der Reichskanzler noch auf die Gefahren des Nichtverstehens großer Schichten des deutschen Volkes hingewiesen und an das soziale Verständnis der Arbeitgeberschaft appelliert hatte, schloß er mit den Worten: Heute ist es aller Deutschen Pflicht, für Rhein und Ruhr, für Saar und Mosel fest zu bleiben und die Treue zu bewahren und allererste Pflicht, gut deutsch zu sein. (Lebhafte Beifall.)

Nach der Rede des Reichskanzlers sangen die im Saal Versammelten das Deutschlandlied. Inzwischen hatte sich auf dem Prinzipalmarkt eine unabsehbare Menschenmenge angesammelt, die brauende Hochrufe ausbrachte, als der Reichskanzler auf den Sentenzbogen des alten Rathauses trat. Hier richtete der Kanzler folgende kurze Ansprache an die Menge: „Deutsche Männer und Frauen! Westfalen! Ich danke Ihnen für die Kundgebung, die Sie mir und der Reichsregierung heute dargebracht haben. Sie wissen, wie gerne ich in Ihrem Kreise in Münster weile. Ich habe heute aus den Ansprachen mit allen Teilen der Bevölkerung sehen können, wie treu die Westfalen zum Reich stehen. (Stürmisches Bravo!) Ich weiß, daß die Westfalen, die jetzt an der Ruhr kämpfen, das Reich niemals im Stiche lassen werden. (Erneutes, stürmisches Bravo!) Ich bitte Sie, weiter mit Vertrauen den Arbeiten der Regierung zu folgen und zugleich jedes Opfer an Geld und Gut den kämpfenden Schwestern und Brü-

Neueste Nachrichten.

Der Reichskanzler hat gestern in Münster in Westfalen anlässlich der Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse über die Reparationsfrage gesprochen, und dabei nochmals dem Willen des deutschen Volkes zur Leistung des Möglichen Ausdruck gegeben, jedoch betont, daß an deutsches Land an Rhein, Mosel, Ruhr und Saar nicht gerührt werden dürfe.

In England und Frankreich tobt unentwegt die Theaterfehde um die Antwort auf das deutsche Angebot. Es scheint, daß Poincaré eine gemeinschaftliche Antwort dadurch verhindern will, daß er die Alliierten zu der gemeinschaftlichen Ablehnung des Angebots mit der Begründung veranlassen will, daß zu erst der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufgegeben werden müsse, ehe die Alliierten zu Verhandlungen bereit seien. Wenn dann Deutschland kapituliert hat, will man auf der Basis des französischen Reparationsplans verhandeln, wonach Deutschland „nur“ noch 50 Milliarden Goldmark zu bezahlen habe, vorausgesetzt, daß gleichzeitig sämtliche alliierten Schulden „ausgeglichen“ werden, und England und Amerika die französischen und wohl auch die italienischen Schulden streichen.

Aus Paris wird schon gemeldet, daß England Frankreich die „moralische“ Unterstützung in Aussicht stellen werde, um die Einstellung des passiven Widerstands zu erreichen, ohne jedoch der Befehung des Ruhrgebietes offiziell zuzustimmen. — Echt englisch! Inzwischen droht aber die englische Presse noch mit Abbruch der Beziehungen, wenn Frankreich nicht zu Verhandlungen geneigt sei. Was von diesen Drohungen zu halten ist, wird man bei uns endlich doch wohl gebührend einzuschätzen wissen.

„Darauf geben, damit wir wieder frei werden.“ — Darauf setzte unter Leitung von Professor Volbach das Orchester ein. Es ertönte, von einem Massenchor gesungen, aus Wagners „Meistersinger“ die „Huldigung des Volkes an Hans Sachs“. Darauf erklang Beethovens „Die Himmel rühmen“ und zum Schluß das „Niederländische Dankgebet“, in das alles einstimmte. Während des letzten Liedes erstahlte der Lauberturm in bengalischem Licht.

Ein Begrüßungstelegramm des Reichspräsidenten.

Münster, 9. Juni. Der Reichspräsident hat an den Reichsverband der deutschen Presse, dessen Hauptversammlung heute hier beginnt, folgendes Begrüßungstelegramm gerichtet: Mit lebhaftem Bedauern, verhindert zu sein, Ihrer Einladung persönlich folgen zu können, wünsche ich der Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse für ihre Beratungen den besten Erfolg. In den heutigen politischen Verhältnissen ist die Tätigkeit einer verantwortungsbewußten Presse von großer Wichtigkeit. Von ganz besonderer Bedeutung ist sie für den uns aufgezwungenen Abwehrkampf im Westen, in dessen Nähe Sie Ihre diesjährige Hauptversammlung abhalten. Möge Ihre Arbeit den Geist der Einigkeit, Vaterlandsliebe und Pflichttreue stärken und verbreiten, der dort am Rhein und an der Ruhr herrscht. Ihnen allen, insbesondere Ihren hartbedrängten tapferen Kollegen aus dem besetzten und dem Einbruchgebiet, sende ich herzlichste Grüße. Gez. Ebert, Reichspräsident.

Besprechungen des Reichskanzlers mit den führenden Organisationen.

Berlin, 9. Juni. Nach einer Meldung der „B. Z. am Mittag“ ist der Reichskanzler heute früh in Münster zu Besprechungen mit Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Beamtenenschaft eingetroffen. Wie das Blatt wissen will, soll sich der Reichskanzler am Sonntag in Eibersfeld, am Montag in Karlsruhe und am Dienstag in Darmstadt aufhalten, um auch dort mit den Regierungen und den maßgebenden Kreisen der Länder Führung zu nehmen. Der Reichskanzler werde am Mittwoch wieder in Berlin zurück erwartet.

Französisch-englische Besprechungen.

Paris, 9. Juni. Nach der „Chicago Tribune“ soll außer dem Präsidenten der Republik auch Ministerpräsident Poincaré gestern eine Besprechung mit Lord Robert Cecil gehabt haben.

renz
nachmittags
wämmle.
meinschaft.
au.
konzert
tags 4 Uhr
im Saale
Sänger-
ehrkapelle
Hälfte.
ter
ell
ds 8 Uhr:
in.
Radelburg
ds 8 Uhr:
ntlein.
ngell.
ren!
nisch
und
eise
ark.
ermstr.
ezirks
Sie
s die
tritt.
Flachs
Schüle
eden
Mittwoch
tausch
tes Land ein-
licher, Drillsch
wilt ujn.
werden.
sprecher
58.
und Leonberg.
orf
abzugeben.
örderer.

Baldwin für den Frieden Europas.

London, 10. Juni. Reuter meldet unter dem 9. Juni aus Sofia: Die Regierung ist durch eine Organisation von Reserveoffizieren gestützt worden. Alle Minister sind in Haft genommen. Eine neue Regierung wird gebildet, die alle Oppositionsparteien mit Ausnahme der Kommunisten in sich vereinigt.

London, 9. Juni. (Wolff.) Baldwin erklärte gestern in einer in Oxford gehaltenen Rede, in der er über die konservative Partei und ihre Zukunft sprach, die Mitglieder der Partei dürften niemals vergessen, daß sie, während sie Engländer, Schotten, Walliser oder Iren seien, gleichzeitig auch Europäer seien und daß England durch die konservative oder eine andere Regierung dem zerrütteten Europa Frieden bringen müsse. (Beifall.) Seiner Ansicht nach hänge der Bestand der westlichen Zivilisation von der Stabilität Europas ab und von der Immunität gegen einen Versuch wie man ihn vor Kurzem in Rußland gesehen habe. (Beifall.) Es gebe kein Land in der Welt, das einen derartigen Einfluß ausüben müsse wie England. England sei von Europa nur durch einen Kanal getrennt, geniesse Stabilität und sei frei von Experimenten. Es werde seine Aufgabe sein, alles zu tun, was in seiner Macht stehe, um Europa bei der Herbeiführung des Friedens zu helfen. Seine Ansicht nach könne die konservative Partei gegenwärtig das Werkzeug für die Erreichung dieses Zieles sein. — Es wird sich zeigen müssen, ob die Worte des englischen Premierministers wiederum nur Redensarten sind, wenn er Gelegenheit hat, mit Frankreich zu verhandeln.

Der Präsident des englischen Handelsamts zur Reparationsfrage.

London, 9. Juni. Der Präsident des Handelsamts, Sir Philipp Lloyd Greame, erklärte in einer Rede in Cardiff über die Reparationsfrage, er hoffe, daß sich im Interesse aller Alliierten und der Welt diesmal eine Gelegenheit zu einer gemeinsamen Antwort und einer gemeinsamen Politik der Alliierten auf die letzte deutsche Note hin bieten werde. Er glaube, daß der Durchschnitts-Engländer die französische Sicherheit als ebenso wichtig ansehe wie die Reparationen und er sei sicher, daß die Alliierten mit gutem Willen auf beiden Seiten bezüglich des Reparationsbetrags, der Zahlungsmethoden und Verteilung, sowie bezüglich wirksamer Sicherheiten Frankreichs gegen Angriffe zusammen handeln könnten.

Ein englischer Aufruf für Revision des Versailler Vertrags.

London, 9. Juni. In einem an die Völker und Regierungen gerichteten Aufruf fordert das Sekretariat der Quäker in England die Revision des Versailler Friedensvertrages. Derselbe sei grundsätzlich unmoralisch, weil man die Besiegten von der Friedenskonferenz ausschloß, ihnen die Alleinverantwortung unterstellte und das Geständnis dieser Schuld durch Aushungerung erzwang; ferner weil manche seiner Artikel ein Bruch der Bedingungen sind, unter denen die Zentralmächte die Waffen niederlegten. Die Forderung nach Revision schließe die Bereitwilligkeit ein, an sich unrechtmäßigen Gewinn auch englischerseits zurückzugeben. Die Revision soll durch eine Konferenz bewerkstelligt werden, deren Mitglieder gleichberechtigt, nicht gebunden an den Friedensvertrag und gewillt sind für das Gemeinwohl der Völker zu arbeiten wie es der Geist Christi erfordere.

Die amerikanische Regierung ist von dem deutschen Angebot befriedigt.

Paris, 9. Juni. Ueber den Eindruck, den das deutsche Memorandum in Washington gemacht hat, meldet die „Chicago Tribune“, die neue deutsche Note werde in Regierungskreisen als ein ausgesprochener Fortschritt gegenüber all dem betrachtet, was die Berliner Regierung zur Regelung der Reparationsfrage jemals angeboten habe. Die allgemeine Auffassung in Regierungskreisen gehe dahin, daß die Note ein direktes und vorbehaltloses Angebot von Zahlungsgarantien sei. Der Vorschlag, zwecks Festsetzung des Reparationsbetrags einen Ausschuß einzuberufen, werde als annehmbare Grundlage für künftige Verhandlungen angesehen. Auch die deutsche Aufforderung zur Abhaltung einer neuen Konferenz sei günstig aufgenommen worden. Außerhalb der Regierungskreise sei allgemein die Meinung festzustellen, die Note wegen ihres geschäftsmäßigen Inhalts und ihres ruhigen Tones zu rühmen, und es werde darauf hingewiesen, daß sie in Ton und Inhalt einen großen Fortschritt gegenüber allen früheren Äußerungen der deutschen Regierung darstelle.

Zur Haltung der Deutschnationalen.

Berlin, 8. Juni. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Hertg, gab heute vormittag vor dem Landesverband Berlin und Potsdam 2 eine Erklärung zur jüngsten deutschen Note ab, die der „Berl. Lokalanz.“ als unzweifelhaft parteiprogrammatisch anspricht. Hertg kommt zu dem Schluß, daß die Deutschnationalen das Memorandum im Ganzen nicht gutheißen könnten. Indessen werde diese Ablehnung nicht den Uebergang zur grundsätzlichen, entschiedenen Opposition gegenüber der Reichsregierung bedeuten. Nicht nur, so führte Hertg an, daß wir loyal die inneren Schwierigkeiten der Regierung würdigen, wir fühlen und vielmehr auch aus vaterländischen Gründen verpflichtet, solange die letzten Würfel nicht gefallen sind und die Regierung noch im Kampfe steht, ihr in diesem Augenblick nicht formell aufzulegen. Wir lassen aber keinen Zweifel darüber, daß es jetzt heißen muß: Bis hierher und nicht weiter!

Französische Stimmen zum deutschen Angebot.

Paris, 8. Juni. Zum deutschen Memorandum schreibt Gustave Hervé in der „Bictoire“: Alles, was wir tun können —

unsere Staatsmänner haben es oft wiederholt — ist, die Herabsetzung unserer Forderungen an Deutschland in dem Maße durchzuführen, in dem unsere amerikanischen und englischen Freunde unsere Kriegsschulden annullieren. Deshalb braucht man weder eine neue internationale Konferenz noch eine neue Kommission. Alle deutschen Versprechungen werden gleich null sein, wenn Deutschland nicht seine Finanzen und seine Währung heraufbringen kann und wenn es nicht befähigt ist, sich eine starke Regierung zu geben, die die Industrie und die Arbeiter zum Gehorsam bringt. In der Stellung von Pändern befindet sich sicher für Deutschland der Weg, der zum Heil und zur Wiedererhebung führt. Hier liegt der Gegenstand zur Verhandlung, wenn der Reichskanzler sich in der Ruhrfrage gebeugt haben wird. Die Engländer müssen wissen, besonders jetzt nach der Brüsseler Konferenz, daß wir entschlossen sind, das Ruhrgebiet nicht aufzugeben, solange wir nicht vollkommen bezahmt sind. Wir müssen also dem Reichskanzler ein Zeichen geben, sofort jeden passiven Widerstand aufzugeben. Dann werden wir bald in das verheißene Land eintreten. — Der „Quotidien“ findet das deutsche Angebot weitgehend beizubehalten, die sein Nachfolger nicht mehr aufrecht erhalten könne. Wir sagen nicht, so schreibt das Blatt zum Schluß: man muß nachgeben; wir sagen nur: man muß mit unseren Alliierten und mit Deutschland diskutieren.

Italienische Stimmen.

Rom, 8. Juni. Bereits die gestrige Abendpresse druckte den Wortlaut des deutschen Memorandums vollständig ab. Von der heutigen Morgenpresse erkennt „L'Europe“ die geschickte Fassung an. Das Blatt weist auf Frankreichs rein politische Ziele und auf sein unachgiebiges Verhalten auf seiner Forderung nach Aufgabe des passiven Widerstands hin. Diese Forderung, so meint das Blatt, könne Deutschland unmöglich erfüllen, weil der passive Widerstand die einzige Garantie für die nationale Würde Deutschlands sei, zudem die Franzosen trotzdem einen Vorwand suchen würden, um die von Deutschland geforderte Konferenz, die England und Italien nicht ablehnen könnten, unmöglich zu machen. Jedenfalls werde die deutsche Note, welche geschickt Wirtschaft und Politik trenne, die Klüfte zwischen Frankreich und den anderen Verbündeten erweitern. — „L'Europe“ befürchtet, daß die gegen den Friedensvertrag von Versailles verstoßende Forderung nach Einsetzung einer internationalen Kommission Schwierigkeiten machen werde, und vermischt eine verständliche Andeutung hinsichtlich des passiven Widerstands, welche Frankreich jedweden Vorwand genommen haben würde. — Der „Messaggero“ schreibt, das Memorandum sei unklar und sehr oberflächlich, und die gebotenen Garantien seien ungenügend.

Amerikanische Stimmen.

New York, 8. Juni. Die Morgenblätter erklären, das deutsche Memorandum stelle hinsichtlich des Tones und des Inhalts einen großen Fortschritt gegenüber dem früheren Angebot dar. Die „New York Times“ hält für das Haupt Hindernis nunmehr den passiven Widerstand und drückt die Auffassung aus, daß, wenn die Forderung auf seine Einstellung erfüllt werde, Grund zu der Annahme bestehe, daß Frankreich und Belgien bereit sein würden, sich mit England und Italien auf die Einberufung einer Konferenz zu einigen. Nur die „New York Tribune“ vertritt einen entgegengesetzten Standpunkt und betrachtet das Memorandum als ein neues Beispiel dafür, daß Deutschland seinen Verpflichtungen ausweichen wolle.

Zur auswärtigen Lage.

Sturz der bulgarischen Regierung.

Sofia, 10. Juni. (Bul. Tel. Ag.) Die neue Regierung des nationalen Zusammenschlusses, die Vertreter aller Oppositionsparteien außer den Kommunisten umfaßt, weist folgende Zusammensetzung auf: Ministerpräsident: Universitätsprofessor Alexander Janlew, der gleichzeitig auch das Kriegsministerium und vorläufig das Ressort des Auswärtigen übernimmt; Inneres: General Auljew; Ackerbau und vorläufig auch Verwaltung des öffentlichen Unterrichts: Prof. Mollow; Justiz: Smilow; Finanzen: Todorow; Handel: Roboshewsky; öffentliche Arbeiten: Stojanichew; Verkehr: Kazassow. — Gestern nachmittag hat eine große öffentliche Versammlung die neue Regierung säkular begrüßt. Die neue Regierung ist unerschütterlich von prinzipieller Gerechtigkeit und Demokratie durchdrungen. Ihr Bestreben geht dahin, Bulgarien den inneren Frieden und die Ordnung und dadurch die Eintracht zurückzugeben, die für eine gedeihliche Entwicklung des Landes unerlässlich ist und auch der wirtschaftlichen Wiederherstellung nützlich wird. Das bulgarische Volk wird nicht aufhören, die größte Loyalität gegenüber seinen internationalen Verpflichtungen zu bekunden. Der Wunsch des bulgarischen Volkes ist, sich das Wohlwollen und das Ver-

Auf, es gibt das höchste Gut —
Freiheit zu erringen!

Eichendorff.

Gebt zum Deutschen Volksoffer!

trauen der großen Nationen zu sichern und die engen Bande guter Nachbarschaft und Freundschaft mit den benachbarten Völkern aufrecht zu erhalten. Frieden im Lande und Frieden nach außen ist das Programm der neuen Regierung, Achtung der geschlossenen Verträge ihr unabänderliches Grundprinzip.

Der amerikanische Ausbentungsvertrag mit der Türkei abgeschlossen.

Paris, 10. Juni. Havas meldet aus New York: Die Crettergesellschaft hat ihren Vertrag mit der Türkei, der sich auf die ganzen ihr zugesicherten Konzessionen erstreckt, endgültig unterzeichnet.

Eine japanisch-russische Konferenz in Aussicht.

Paris, 9. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Tokio soll Toffe die von der japanischen Regierung ihm gestellte Bedingung einer Aufnahme von Vorverhandlungen mit Sowjetrußland angenommen haben. Toffe, der die Abhaltung der Konferenz in Tokio wünscht, erwarte jetzt von Moskau seine offizielle Ernennung zum Vertreter der Sowjets auf der Konferenz.

Japanisch-chinesische Reibereien.

London, 10. Juni. Nach einer Reutermeldung aus Tokio hat die japanische Regierung China ersucht, Maßnahmen zu treffen, um Leben und Eigentum der in China lebenden Japaner zu schützen und eventuelle Unruhen zu unterdrücken. Japan hat vier Torpedobootzerstörer zur Verstärkung in die chinesischen Gewässer geschickt.

Bermischtes.

Der Kommunist Höllein in Freiheit gesetzt.

Paris, 10. Juni. Der deutsche kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein ist nach dem „Echo de Paris“ gestern abend in Freiheit gesetzt worden und wurde an die deutsche Grenze geschickt.

Das größte Militärluftschiff Amerikas verbrannt.

New York, 8. Juni. Das größte Militärluftschiff der Vereinigten Staaten ist vorgestern abend während eines Anwetters verbrannt, nachdem es nach beendetem Probeflug an einem stürmischen Ort auf dem Flugplatz von Dayton verankert worden war. Zwei Mitglieder der Besatzung wurden verletzt. — Das Luftschiff ist natürlich ein Zeppelinkreuzer.

Vom Leben auf dem Meeresboden

erzählt der Rostos des Berliner Aquariums Dr. D. Heintz im neuesten Heft der „Gartenlaube“. Er klärt zunächst auf, daß entgegen der meist vorherrschenden Meinung die Tiefsee sehr tierarm ist. Umso belebter ist der Boden des Flachwassers. Neben Grundfischen und Krebsen, die dem Laten mehr oder weniger gut bekannt sind, hausen da die sogenannten niederen Formen, bei denen der Aneingeweihte die bezeichnendsten Merkmale des Tieres: ausgebildete Drüsenorgane, Kopf, Augen, Ohren und Gliedmaßen, vermischt. Note, weiße und gelbliche Gebilde erhielten wegen ihrer Nehmlichkeit — bei oberflächlicher Betrachtung — Blumenamen, so Purpurrose, Seeanemone, See-netze um. Das sind aber nicht etwa pflanzenverwandte Wesen, sondern richtige Tiere mit Muskeln, Nerven, Hautsinneswerkzeugen. Sie besitzen eine mehr oder weniger ausgeprägte Beweglichkeit. Die Nahrungsaufnahme erfolgt meist mit Hilfe von Fangarmen, die mit Klob- und Nesselzellen besetzt sind.

Deutschland.

Die Frage der Brotversorgung.

Berlin, 9. Juni. Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft wurde die Beratung des Gesetzentwurfs zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923-24 fortgesetzt. Angenommen wurde Paragr. 5 der Verordnung, daß Geldbeiträge bereitzustellen sind, um dem bedürftigen Teil der Bevölkerung den Bezug von Brot beim Fortfall der öffentlichen Brotversorgung zu erleichtern. Paragr. 6 bestimmt alsdann die Belastung des Besitzes zur Aufbringung der bereitzustellenden Geldbeiträge. Als Ausgangspunkt für die neu Bestbelastung kommt eine Zwangsanleihe in Betracht. Der Reichsfinanzminister führte aus: Nach meinen Unterlagen würde sich ein Bedarf von 1,5 bis 1,6 Billionen Papiermark ergeben. Wir müssen zu einer Vervielfachung des Zwangsanleihebetrages kommen. — Die Sozialdemokraten hielten die zehnjährige Erhebung der Zwangsanleihe für nötig, während die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen glaubten, daß durch eine Verdopplung der Zwangsanleihe genügend Mittel zur Erleichterung der Brotversorgung für die bedürftige Bevölkerung geschaffen würden. — Weiter führte der Finanzminister aus, daß es infolge der Geldentwertung einen allen Verhältnissen gerechtwerdenden Wertmaßstab überhaupt nicht gebe. Eine Ungerechtigkeit liege infolge der Geldentwertung in der ganzen Steuererhebung.

Die Ueberführung der Leiche Schlageters in die Heimat.

Freiburg, 9. Juni. (Wolff.) Die Leiche des von den Franzosen hingerichteten Leo Schlageter, die auf Kosten des Reiches nach seinem Heimatort Schönau im Wiesental übergeführt wird, passierte heute mittag den hiesigen Bahnhof. Der Trauerzug, der bereits auf seiner ganzen Fahrt Gegenstand von feierlichen Ehrungen gewesen war, wurde hier von einer riesigen Menschenmenge erwartet. Zur besonderen Ehrung hatten sich die ehemaligen Kriegskameraden Schlageters, die Freiburger Studentenschaft mit dem Senat der Universität an der Spitze, die Offiziere und Beamten des ehemaligen Feldartillerieregiments Nr. 113, Vertreter des Deutschen Offizierbundes usw., eingefunden, die durch die Niederlegung prachtvoller Kränze dem Kameraden die letzte Ehre erwiesen.

Berlin
tages wi
Leuerung
betont, d
daß die
zusehen u
daß ein
Vaterlan
Wirtschaft
müsse sch
geschickl
durchfü
inter
würde,
leichter.
sie das
(D.B.)
werde z
kleinere
dacht. W
könne fei
polemiste
gründun
bracht ha
und bei
Handwer
treifen.
des Rei
Durchfüh
tet das
Schläge
stark. G
ter der
ihnen ha
der gewo
Maß be
m in ge
geheuren
Gehaltse
Hausfran
Inflatie
könne n
gehren.
(Komm.
aktion ei
tere Bes

Die
* Die
schönen
Heimat
Der Sar
gleitet u
und von
Zug hat
Kundgeb
Frankfur
sen soll,
halb 7 U

Die
vom Fin
meinden
minister
Millard
braucht
Bietighe
5, die M
Konten
in Tübin

Die
Dienstag
gewittig

Ein
(EGB)
w ä u g e
an das
stellt: W
Beflagens
Länder, i
in rüchli
der einhe
denkt das
derartige
Beugen?

Zur Kr
(EGB)
wirtschaft
mit besch
hat mit
schaftstan
führung
und weis
vollständi

Die Fortsetzung der Steuerungsdebatte im Reichstag.

Berlin, 8. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichstages wird in die Besprechung der sozialdemokratischen Steuerungsinterpellation eingetreten. Abg. Schlaack (Z.) betont, die gestrigen Ministererklärungen hätten gezeigt, daß die Regierung der Notlage des Volkes nicht tatlos zusehen werde. Staat und Wirtschaft müßten sich klar sein, daß ein Hungern der Masse den Anfang vom Ende des Vaterlandes bedeute. Um das zu verhindern, müsse die Wirtschaft von ihrer Substanz etwas opfern. Der Wucher müsse schärfer als bisher angefaßt und die Wucherer auch gesellschaftlich boykottiert werden. Goldlöhne seien undurchführbar. Wenn die Sozialdemokratie ihre Parteiinteressen zurückstellen und in die Regierung eintreten würde, dann wäre die Lösung der schwebenden Fragen erleichtert. Lehne die Sozialdemokratie das ab, dann habe sie das Recht auf Kritik verwirkt. — Abg. Findeisen (D.B.) sagt, bei den Hilfsaktionen der Reichsregierung werde zu wenig an den gewerblichen Mittelstand, die Kleinrentner und den viel verleumdeten Kleinhandel gedacht. Von einer Wiedereinführung der Zwangswirtschaft könne keine Hilfe kommen. — Abg. Dr. Wienbeck (Dn.) polemisierte gegen den Abg. Aufhäuser, der in seiner Begründungsrede längst widerlegte Behauptungen vorgebracht habe. Redner verlangt vom Stat. Schutze der Arbeit und bei Verordnungen, die den Kleinhandel oder das Handwerk betreffen, Verständigung mit diesen Wirtschaftskreisen. Abg. Derenburg (Dem.) billigt die Erklärungen des Reichsarbeitsministers, wünscht aber eine schnellere Durchführung der angekündigten Maßnahmen und erwartet dafür auch das Verständnis der Arbeitgeber. Die Vorschläge des Finanzministers befaßten den Mittelstand zu stark. Es sei nicht wahr, daß die Arbeiter am meisten unter der Geldentwertung litten, denn der größte Teil von ihnen habe 40 bis 50 Prozent des Friedenslohns, während der gewerbliche Mittelstand die Geldentwertung in diesem Maß bei weitem nicht ausgleichen könne. — Abg. Emminger (Bayer. Sp.) ist der Ansicht, daß unter der ungeheuren Preissteigerung in erster Linie die Lohn- und Gehaltsempfänger litten, besonders aber die deutschen Hausfrauen. Ein unbrauchbares Rezept dagegen seien aber künstliche Preisherabsetzungen, Revolten und Putzche. Helfen könne nur der Grundtat: Mehr arbeiten und weniger verzehren. — Nach heftigen Angriffen des Abg. Stöcker (Komm.) auf die Großindustrie, die bei der Marktlösungsaktion ein glänzendes Geschäft gemacht habe, wird die weitere Besprechung auf Samstag nachmittag 1 Uhr vertagt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. Juni 1923.

Die Ueberführung der Leiche Schlageters.

* Die Leiche des von den Franzosen standrechtlich erschossenen Kaufmanns Schlageter wurde am Samstag in die Heimat des für sein Vaterland Gestorbenen überführt. Der Sarg, der von einer Ehrenwache von vier Mann begleitet wurde, war in einem offenen Wagen aufgebahrt, und von Blumenkränzen überschüttet. Ueberall wo der Zug Halt machte, wurden von der Bevölkerung spontane Kundgebungen zum Ausdruck gebracht. Der Schnellzug Frankfurt—Freiburg, der um 4.40 früh in Calw eintrafen soll, führte den Wagen mit. Er traf jedoch erst um halb 7 Uhr hier ein.

Kredite für notleidende Gemeinden.

Die Ministerien des Innern und der Finanzen sind vom Finanzausschuß ermächtigt worden, notleidenden Gemeinden und Amtskörperschaften zu den vom Reichsfinanzministerium aufgestellten Bedingungen Kredite bis zu 2 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Stuttgart braucht 1341, Ulm 150, Schramberg 100, Heilbronn 93, Bietigheim 25, Gmünd 25, Balingen und Crailsheim je 5, die Amtskörperschaft Tettnang 5, die Gemeinde Tailfingen 4 Millionen Mark. Ferner wurden weitere 276 Millionen Mark für die Umbauten der Chirurgischen Klinik in Tübingen bewilligt.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Die Luftdruckverteilung hat sich wenig verändert. Am Dienstag und Mittwoch ist weiterhin warmes, aber etwas gewittriges Wetter zu erwarten.

Eine Anfrage bezüglich des Ausverkaufs Deutschlands.

(S.C.B.) Stuttgart, 8. Juni. Die Abgg. Dr. Beißwänger, Dr. Fürst, Siller und Dr. Wolff haben an das Staatsministerium folgende kleine Anfrage gestellt: Während der Reisezeit der letzten Jahre hat sich die Beklagenswerte Erscheinung gezeigt, daß valutastarke Ausländer, insbesondere aber aus den früheren Feindstaaten, in rücksichtsloser Weise die deutschen Geschäfte zum Schaden der einheimischen Bevölkerung ausgekauft haben. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um in diesem Jahre derartigen Auswüchsen im Fremdenverkehr wirksam vorzubeugen?

Zur Krisis im landwirtschaftlichen Hauptverband.

(S.C.B.) Stuttgart, 9. Juni. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen: Der Vorstand der Landwirtschaftskammer hat mit Entrüstung von den Angriffen auf die Landwirtschaftskammer, die Vorstandschafft und auf die Geschäftsführung des Direktors Ströbel Kenntnis genommen und weist diese Angriffe nach eingehender Prüfung als vollständig unbegründet nachdrücklich zurück.

Vom alten Stuttgarter Bahnhofgelände.

(S.C.B.) Stuttgart, 6. Juni. Auf dem Gelände des früheren Hauptbahnhofs herrscht reges Leben. Zurzeit wird der mächtige Bahndamm entlang der Friedrichstraße mit Hilfe großer Löffelbagger abgetragen, was viele Schaulustige anlockt. Die linksseitige Bahnhofshalle ist schon niedergelegt. Man arbeitet in Doppelschichten, um die neue Straße 1, die den Verkehr auf der Königstraße erheblich entlasten soll, bis zum 1. Oktober fertigzustellen. Diese Straße wird eine Geschäftsstraße ersten Ranges werden. Die Bosh-Hau. G. m. b. H. hat für die Erstellung eines großen Verwaltungsgebäudes bereits Areal erworben. Ueber die Umwandlung der Empfangshalle des alten Hauptbahnhofs in eine Ausstellungshalle schweben Verhandlungen mit einem großen Industriekonzern. Zurzeit wird die rechtsseitige Gleishalle abgebrochen. Industrie- u. Geschäftswelt streben, in die Nähe des neuen Bahnhofs zu kommen. Die Firma Hahn u. Kolb, sowie die Maschinenfabrik Ferdinand Weippert in Heilbronn haben in der unteren Königstraße Areal erworben für Ausstellungs- und Verwaltungsgebäude. Die von der Brauerei Englischer Garten gekaufte Lippische Pianofortefabrik soll in ein Hotel umgebaut werden. In der Nähe hat auch die Brauerei Dinkelader ein größeres Anwesen erworben. Die Industriehof-A.G. will Läden in die mittlere Bahnhofshalle einbauen lassen. Die Straße 2, die auf das Gelände der rechtsseitigen Gleishalle kommt, wird vorerst nicht fertiggestellt, da sie weniger dringend ist als die Straße 1. Wenn auch noch alles in Fluss ist, so ist doch sicher, daß aus dem Gelände des alten Bahnhofs ein großes Geschäftsviertel werden wird. (Schwäb. Merkur.)

Der Bodensee als Niesenstaubecken.

(S.C.B.) Friedrichshafen, 8. Juni. Im Zusammenhang mit der geplanten Oberseenregulierung steht die Gestaltung des Bodensees zu einem Rhein-Staubecken, denn nur dadurch könnten die ungeheuren Wasserstandsgegenstände vermindert werden. Die dazu erforderlichen technischen Maßnahmen sind zwischen Deutschland und der Schweiz im Zusammenhang mit der Rheinregulierung vereinbart worden. Durch eine Stauanlage würde sich die ungeheure Wassermenge von einer Milliarde Kubikmeter aufspeichern lassen, die so vorteilhaft werden soll, daß nicht mehr als 1000 Kubikmeter pro Sekunde abfließen. Die Schweiz plant im Anschluß an dieses Werk, dessen Vorteile für die Schifffahrt auf der Hand liegen, eine zusammenfassende Regulierung des gesamten Wasserabflusses aller Schweizer Seen. Dadurch würde die Wasserführung des Oberseins für die Wintermonate vom Januar bis März derart verstärkt werden, daß auch in dieser Zeit Schlepplähne von 2 Meter Tiefgang, 11 Meter Breite und 75 Meter Länge noch wirtschaftlich verwendet werden könnten.

Liebenzell, 9. Juni. Am Sonntag, 3. Juni, wurden Kurgäste und Einwohnerschaft freudig überrascht durch einen von der Tübinger Studentenhilfe veranstalteten Unterhaltungsabend im neuen Kursaal, den die Stadt hierzu bereitwillig zur Verfügung gestellt hatte. Nach den herzlichen Begrüßungsworten des Herrn Stadtpflegers Weil namens der Stadtgemeinde wurde unter der Leitung von cand. theol. Fritz Creter das in bunter Abwechslung zusammengestellte Programm flott abgewickelt und entfaltete großen Beifall, der sich namentlich bei dem von Herrn Creter ausgezeichnet vortragenen Gedicht „Vergessen“ von Warnke, das die Herzen der Zuhörer tief ergriff, um Beifallssturm steigerte; auch der Lautenspieler, Herr Edelhoff, wußte sich mit seinen reizend vortragenen Schelmenliedchen die Sympathie des animierten Publikums zu erringen; dazwischen ließ ein Quartett wohlgestimmte Männerchöre erklingen und der unermüdete Klavierspieler, Herr Glitsch, brillierte durch gewandte Begleitung und künstlerische Einzelsorträge. Als bedeutende künstlerische Kraft mußte aber vor allem Herr Koll angesehen werden, dessen seelenvolles Violinspiel tiefe Wirkung auslöste. Alles in allem, es war ein genußreicher Abend, der die Studenten als Dank für die ihnen aus dem Bezirk geleistete Unterstützung veranstalteten und der auch in finanzieller Hinsicht den Zweck erfüllte. Ueber das Werden und Wirken der Studentenhilfe referierte der mitanwesende Leiter derselben, stud. rer. nat. Wieser, während der Vortragspause und ließ einen Blick tun in die mannigfache Art der Fürsorgetätigkeit für die unter der Not der Zeit leidenden Tübinger Studenten. Man entnahm der lichtvollen Aufklärung, daß in Tübingen in geradezu vorbildlicher Weise das Menschenmögliche durch Selbsthilfe getan wird, um der studierenden Jugend dort ein Durchhalten und Auskommen zu ermöglichen und man freute sich daher doppelt, als der Leiter des Abends in seinem Schlusswort für die finanziellen Gaben und die freundliche Aufnahme in Bad Liebenzell unter studentischem Beifallsgetrampel seiner Kommissionen herzlich danken konnte mit der Versicherung, daß sich die Studenten durch die Not der Zeit nicht unterliegen lassen. Möge dieser Optimismus des Willens und der Tat ermunternd und anregend auch auf andere Volkskreise wirken! Wie man hört, beabsichtigt die Studentenhilfe womöglich im Juli ds. Js. eine weitere Darbietung zu veranstalten und hiebei ihre Tätigkeit in einem Lichtbildervortrag zu schildern. Schon jetzt sei den Veranstaltern ein herzliches Willkommen und ein großes Wiedersehen zugerufen!

Hornberg, 8. Juni. Der erst letzte Spätjahr neu gegründete Kriegerverein konnte am letzten Sonntag bei prächtigem Wetter und zahlreicher Beteiligung die Weihe seiner neuen Fahne vornehmen. Der Festtag, der zugleich ein solcher für den Verein und die Gemeinde war, wurde

durch Böllerschüsse und einen Festgottesdienst eingeleitet. Der Festzug, bestehend aus etwa 20 Vereinen mit zwei schmutzen gelben Mänteln und ebenso schmutzen Ehrenjungfrauen an der Spitze, bewegte sich unter den Klängen der Altentlicher Stadtkapelle durch den geschmückten Ort. Am Kriegerdenkmal wurde Halt gemacht und durch eine eindrucksvolle Ansprache und Niederlegung von Kränzen durch Bezirksobmann Kühle aus Calw, der Gefallenen gedacht. Von da ging es zum Festplatz, wobei Hauptlehrer Reiber die Begrüßungsansprache hielt. Nach Enthüllung der Fahne, für welche die Festjungfrauen ein Fahnenband stifteten, und dem Vortrag eines Prologs durch eine Festjungfrau, hielt Vorstand Seeger die Festrede. Er gab zugleich einen Rückblick über die Gründung des Vereins und brachte der Bezirksleitung, die den Verein ins Leben rief, den Dank zum Ausdruck. Bezirksobmann Kühle richtete einen schneidigen Appell an die erschienenen Kameraden und schloß denselben mit einem Hoch auf den festgebenden Verein und auf die so zahlreich erschienenen Vereine aus dem Nagolder Bezirk. Verköstigt wurde die Feier durch gutgeschulte Vorträge des Zwerenberger Gesangvereins und durch den aus Anlaß des Festes gegründeten gemischten Chor.

(S.C.B.) Neuenbürg, 9. Juni. Gestern war hier ein Sträußchen völlig ausgereifter Heidelbeeren zu sehen, ein Zeichen, daß trotz der seit Wochen abnormen Witterung die natürliche Entwicklung in Wald und Feld keine nennenswerte Unterbrechung erlitt.

(S.C.B.) Pforzheim, 9. Juni. Eine Familie hatte ein Mädchen von auswärtig in Dienst gestellt, die sich tüchtig und brav anließ. Als die Familie neulich von einem Ausflug heimkehrte, mußte sie die betrübliche Erfahrung machen, daß die Wohnung ausgeraubt und die „Perle“ verschwunden war. Es sind für annähernd 2 Millionen M. Haushaltsgegenstände, Schmuckstücke usw. gestohlen worden. Die Täterin hat vermutlich mit Helfershelfern zusammengearbeitet. Der Polizei gelang es, die Diebin, die einen falschen Namen angegeben hatte, auswärtig zu ermitteln und festzunehmen.

(S.C.B.) Nighalden O.A. Oberndorf, 8. Juni. Ein in der Umgebung wohlbelannter Viehhändler kaufte in Hardt eine alte Kuh für 2 Millionen M. und verkaufte sie wieder an einen Fabrikarbeiter für 3,9 Millionen M., so daß er also fast 2 Millionen Gewinn eingestekt hätte. Die Polizei erhielt jedoch lt. „Schramberger Ztg.“ Kenntnis von der Sache und erstattete Anzeige. Die Angelegenheit wird nun das Wuchergericht beschäftigen. Der Viehhändler zog es allerdings vor, das Stück Vieh inzwischen wieder abzuholen; allein der Strafe dürfte er deshalb kaum entgehen.

(S.C.B.) Sindelfingen, 9. Juni. Eine Betriebsversammlung der Belegschaft der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Sindelfingen befaßte sich mit den Lohnverhältnissen und der Feuerung und verlangte eine Betriebsrätevollversammlung und eine Reduktion des zehnpromzentigen Steuerabzugs. Die starke Erregung machte sich in einer Demonstration vor dem Direktionsgebäude Luft.

(S.C.B.) Stuttgart, 9. Juni. In dem Gedränge, das an den Samstagen in der Markthalle, besonders auf der engen Galerie, herrscht, wurde am Samstag vormittag einer Frau ihre Handtasche mit etwa 300 000 M. Bargeld Inhalt gestohlen. Die Frau hatte, während sie ihre Waren entgegennahm, ihre Handtasche unvorsichtig lose unter den Arm geschoben, von wo sie der Dieb entwendete.

(S.C.B.) Stuttgart, 8. Juni. Die württ. staatliche Ordnungspolizei hat seit der Besetzung des Ruhrgebiets an Spenden für das deutsche Volksoffer bisher insgesamt 12 1/2 Millionen Mark beigezeichnet. Außerdem wurde noch ein sehr namhafter Betrag als einmalige besondere Spende für die Polizeibeamten im Einbruchgebiet gesammelt. Die Sammlungen gehen regelmäßig monatlich weiter.

(S.C.B.) Ellwangen, 5. Juni. Studienrat Dr. Hermann Wellert am hiesigen Gymnasium hat bei dem internationalen Wettbewerb der Kgl. Akademie der Wissenschaften in Amsterdam um die beste lateinische Dichtung unter 47 Mitbewerbern wie im vorigen Jahre die höchste Auszeichnung, die Goldene Medaille zuerkannt erhalten. Wie die „Spz- und Jagtzeitung“ mitteilt, handelt es sich um eine freie Umgestaltung der alten Sage von Zeus und Europa. Der Dichter und Gelehrte ist z. Zt. auch mit der Herausgabe und Uebersetzung indischer Dramen, einer wissenschaftlichen Arbeit ersten Ranges, beschäftigt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Märkte.

(S.C.B.) Nagold, 9. Juni. Auf dem Viehmarkt waren zugeführt: 1 Ochse, 15 Stiere, 21 Kühe, 20 Rinder und trüchtige Kalbinnen, 42 Stück Schmalvieh, 115 Läufer und 264 Milchschweine. Verkauft wurden 4 Stiere, 7 Kühe, 6 Rinder und trüchtige Kalbinnen, 32 Stück Schmalvieh, 60 Läufer und 120 Milchschweine. Erlöst wurden für 1 Stier 2—3,5 Mill., 1 Kuh 2,3—5,5 Mill., 1 Rind 3—7 Mill., 1 Stück Schmalvieh 1,2—2,6 Mill., 1 Läufer 360—900 000 M., 1 Milchschwein 275—450 000 M. Der Handel war bei Schmalvieh gut, sonst gedrückt.

(S.C.B.) Bayersbrunn, 9. Juni. (Holzerlöse.) Die Gemeinde vereinnahmte beim Verkauf von 647 Festmeter Langholz 118 Millionen M. Durchschnittlich war der Erlös 904 Prozent. Buchenstammholz, das örtliche Selbstverbraucher ersteigerten, erzielte 612 320 M. (Ausgebot 76 440 M.).

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der W. Döschel'schen Buchdruckerei, Calw.

Bezirksarbeitsamt Calw
 Lederstraße 161. Fernsprecher 109.
 (Öffentlicher Arbeitsnachweis.)
Offene Stellen

a) für männliche Personen:	b) für weibliche Personen:
1 ordentl. Hansburschen,	mehrere Dienstmädchen,
2 jüngere Maler,	2 Küchenmädchen,
2 landw. Knechte,	3 Laufmädchen,
1 jüngerer Mechaniker (als Dreher),	1 Servierfräulein,
2 Pferdeknächte.	1 Zimmermädchen,

Calw, den 11. Juni 1923.
 Verwalter: Prof.

Amtsgericht Calw.
 Güterrechtsregisteramt vom 8. Juni 1923: Adam Blöcher, Bierbrauer in Liebenzell und dessen Ehefrau Friederike geborene Wurster, haben durch Vertrag vom 7. Juni 1923 Gütertrennung vereinbart.

Stadtgemeinde Calw.
 Zu dem am nächsten **Mittwoch, den 13. Juni 1923** stattfindenden

Pferde-Bieh- u. Schweinemarkt
 Ergeht Einladung.
 Die feitherigen Zulassungsbestimmungen sind zu beachten.
 Calw, den 9. Juni 1923.
 Stadtschultheißenamt: Göhner.

Von langer Haltbarkeit sind meine vorzüglichen Mollschinken
 knochenlos in Büchsen.
Fritz Freudenberger, Lebensmittelgeschäft, Bahnhofstraße.

Gewandtes Fräulein
 in hiesiges Ladengeschäft auf 1. Juli oder früher gesucht.
 Angenehme Stellung. Jüngerer Fräulein vorhanden.
 Angebote sind zu richten unter F. 100 an die Geschäftsstelle dieses Blattes

Stadtgemeinde Calw.
An die Eltern!
 Obwohl verschiedene Eltern in letzter Zeit durch die Polizei auf das anstoßerregende Verhalten ihrer Kinder (auch Töchter!) aufmerksam gemacht wurden, wollen die Klagen über unanständige Ausführung der Jugend nicht verstummen. Neuerdings mußte sogar gegen jugendliche Personen weiblichen Geschlechts mit Haftstrafen eingeschritten werden.

Es ergeht deshalb an die Eltern und sonstigen verantwortlichen Personen öffentlich das Ersuchen, ihre Kinder und minderjährigen Familienangehörigen einer scharfen Beaufsichtigung zu unterwerfen und ihnen durch strenge Zucht den Sinn für Ordnung, Anstand und gute Sitte zu schärfen.
 Calw, den 9. Juni 1923.
 Stadtschultheißenamt: Göhner.

Der Termin zur vollen Einzahlung der Geschäftsanteile
 wird hiemit bis **30. Juni** verlängert.
Spar- und Vorschubbank Calw.

Sie schädigen sich selbst
 wenn Sie sich eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu erhalten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

Der ausgeschriebene Grasverkauf findet nicht statt.
 J. Weimert.

Nordhäuser Lerche
 der **Rautabak**
 des Feinschmeckers aus der Fabrik **F. C. Lerche, Nordhausen** empfehlen
Ott & Nach, Tabakwaren.

Herren- u. Damen-Kleider
 reinigt und bügelt zu billigsten Preisen
Badstraße 368.

Calw, den 9. Juni 1923.
Todes-Anzeige.
 Unsere liebe Großmutter **Rosine Mitschdörfer** †
 ist heute nach langem schweren Leiden in dem Herrn entschlafen.
 Um stille Teilnahme bittet
Familie Georg Schaible.
 Beerdigung Montag nachmittag 5 Uhr vom Bezirkskrankenhaus aus.

Durch Sparsamkeit
 könnt Ihr die Kaufkraft des Geldes wieder heben. Unsere allgem. Sparkasse verzinst jed. Betrag zu laufend. Zinsfuß **Spar- & Vorschubbank Calw.**

Ein Blatt,
 das Sie nicht über die wirtschaftlichen Fragen des Bezirkes unterrichtet, ist für Sie ganz wertlos.

Die Geschäfte
 anderer Leute besorgen Sie, wenn Sie sich ein derartiges Blatt halten.

Leonberg.
Ausgearbeitet. Hanf u. Flach
 für die Firma **Kolb & Schüle A.-G. Urach** kann jeden **Montag, Dienstag u. Mittwoch** gegen sofortigen Umtausch **von Webwaren** wie: Bettbarthen, Bettzeugle, gebleichtes Tuch einfach und doppeltbreit, Tischzeug, Handtücher, Drill blau und grau für Anzüge, Sackzwilch usw. **bei mir abgeliefert werden.**
Otto Wendel, Fernsprecher 58.
 Fabriklager für die Oberämter Calw und Leonberg.

Achtung! Ehrensache!
 Ich bitte das Fräulein mit den blauen Augen, welches am Sonntag, den 3. Juni mit ihrer Mutter mit dem Zug 9.19 von Althengstett nach Calw fuhr und dort ausgestiegen ist um genaue Angabe ihrer Adresse an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Wohlmuth
Schias
 Dieses äußerst schmerz-hafte Leiden wird behoben durch die Selbstbehandlung mit **Wohlmuths-elektro-galvanischem Schwachstromapparat Marke Geweco**
 Kostenlose Prospekte und Probebehandlung.
G. Wohlmuth & Co. Akt.-Ges. Konstanz.
 Generalvertreter: **Carl Schlienz, Calw.**

Hiesiger Geschäftsmann sucht eine **Werkstatt**
 zu mieten evtl. mit Laden oder Wohnung.
 Gest. Angebote unter H. C. 131 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Prima Rindfleisch
 im eigenen Saft.
Fritz Freudenberger, Bahnhofstraße.

Zu verkaufen:
1 Kinderbettlade, 1 Kinderbänkchen, 1 Kinderstischchen
 Badstraße 368.

Achtung! Landwirte!
 Der Unterzeichnete hat die Vertretung von **zwei der bedeutendsten Welt-Firmen**
Heinrich Lanz, Mannheim und H. F. Eckert A.-G. Berlin
 erhalten. Ich bitte jeden Landwirt, vor Anschaffung einer Maschine, sich von der Qualität dieser **reichhaltigen Lager** zu überzeugen.
Hermann Dill, Calw
 Laden: Obere Marktstraße 23 Lager: Bischoffstraße 460
 Reparaturen werden von erstem Fachmann ausgeführt.

Das Beste ist das Billigste!